89 Staat/Regierung

Während Tocqueville in der Zentralisierung der Verwaltung eine der größten Gefahren der Demokratie erblickt, erscheint ihm umgekehrt eine zentralisierte Regierung unerlässlich für den Erfolg eines Landes zu sein. Während die Regierung für die »Gestaltung der allgemeinen Gesetze und die Beziehungen des Volkes zum Ausland« (DA, 98) zuständig ist, greift die Verwaltung viel detaillierter und umfassender in das alltägliche Leben der Bürger ein. Die Zentralisierung der Regierungsgewalt besteht dabei aber nicht nur in der Konzentration der »sämtlichen Teilen der Nation gemeinsam[en]« Aufgaben »an einem Ort oder in einer Hand« (DA, 98), sondern beinhaltet auch die Macht, Menschen zum Gehorsam gegenüber den allgemeinen Gesetzen zu zwingen.

Unter Bezug auf die *Federalist Papers* sieht Tocqueville eine zentralisierte Regierung als notwendige Institution zur Bündelung der nationalen Interessen, der Durchsetzung allgemeiner Gesetze und der Schaffung einer einheitlichen Außenpolitik. Als negatives Gegenbeispiel führt er die deutschen Kleinstaaten seiner Zeit an. Das Fehlen einer »gemeinsamen Oberhoheit« und die Zersplitterung der regierenden Gewalt seien der Hauptgrund, weswegen »Deutschland seine Kräfte nie zu voller Wirkung gebracht [habe]« (DA, 99).

Anders als Madison ist jedoch die Zentralisierung der Regierung nicht mit einer nationalen Regierung gleichzusetzen; eine zentralisierte Regierungsgewalt kann auch auf Länderebene existieren. Dabei bleibt aber Raum für lokale Selbstverwaltung, da sich die Regierung auf allgemeine Angelegenheiten beschränken soll, während die Verwaltung möglichst lokal und dezentral in den Händen der Bürger verbleibt, um der

Gefahr eines Verwaltungsdespotismus entgegen zu wirken.

Tocqueville ist somit mitnichten als strikter *Anti-Federalist* zu bezeichnen (Bambrick 2018). Solange die Regierung sich auf allgemeine Interessen beschränkt, ist ihre Zentralisierung für die Gesundheit des Staates zwingend nötig. Problematisch wird die Konzentration staatlicher Gewalt indes dann, wenn sie darüber hinaus auch Verwaltungsaufgaben wahrnimmt und für sich beansprucht, partikulare Interessen zentralisiert steuern zu wollen (s. Kap. 90)

Diese Unterscheidung zwischen Regierung und Verwaltung erlaubt es Tocqueville, differenziert bspw. auf die Gefahren eines zentralisierten Wohlfahrtsstaates hinzuweisen: zwar handele es sich dabei auf den ersten Blick um ein allgemeines Interesse, aber es führe dazu, dass der Staat aufgrund steigender Ansprüche immer mehr gezwungen werde, als zentralisierte Verwaltung zu agieren und dadurch die Freiheit der Bürger zu gefährden. Die Grenzziehung zwischen allgemeinen und partikularen Interessen, welche den Unterschied zwischen notwendiger Regierungszentralisierung und schädlicher Verwaltungszentralisierung kennzeichnet, ist somit konstant gefährdet und kann nur durch die Dezentralisierung der Verwaltung als »Schulen der Freiheit« aufrechterhalten werden.

Literatur

- Bambrick, Christina: Neither Precisely National nor Precisely Federal: Governmental and Administrative Authority in Tocqueville's *Democracy in America*. In: *Publius: The Journal of Federalism* 48/4 (2018), 586–606.
- Gannett, Robert T.: Tocqueville and Local Government: Distinguishing Democracy's Second Track. In: *The Review of Politics* 67/4 (2005), 721–736.
- Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika (DA). München 1976.

Sebastian Enghofer